



Rat der
Europäischen Union

034212/EU XXV. GP
Eingelangt am 23/07/14

Brüssel, den 11. Juli 2014
(OR. en)

11196/14
ADD 1

PV/CONS 36
ECOFIN 699

ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: 3324. Tagung des Rates der Europäischen Union (WIRTSCHAFT UND FINANZEN) vom 20. Juni 2014 in Luxemburg

TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN¹

Seite

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

A-PUNKTE (Dok. 11053/14 PTS A 53)

1. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/96/EG zur Restrukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom 3
2. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf eine Standard-Mehrwertsteuererklärung 3

B-PUNKTE (Dok. 11052/14 OJ CONS 36 ECOFIN 682)

3. Entwurf des Gesamthaushaltsplans 2015 3
4. Besteuerung von Mutter- und Tochtergesellschaften 4
5. Sonstiges 4
 - a) Aktuelle Gesetzgebungs vorschläge
 - b) Gesetzgebungsakte der Stufe 2 über die Beiträge der Banken im Rahmen der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten/des einheitlichen Abwicklungsmechanismus

*

* * *

¹ Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

A-PUNKTE

1. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/96/EG zur Restrukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom

- Sachstandsbericht

10417/14 FISC 91 ENER 209 ENV 496 ECOFIN 528
vom AStV (2. Teil) am 11.6.2014 gebilligt

Der Rat nahm den Sachstandsbericht des Vorsitzes zur Kenntnis und billigte die Schlussfolgerungen im zweiten Teil des Sachstandsberichts mit dem Titel "II. Künftige Arbeit".

2. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf eine Standard-Mehrwertsteuererklärung

- Sachstandsbericht

10276/14 FISC 87 ECOFIN 517
+ COR 1 REV 1 (de)
vom AStV (2. Teil) am 11.6.2014 gebilligt

Der Rat nahm den Sachstandsbericht des Vorsitzes zur Kenntnis und billigte die Schlussfolgerungen am Ende des Sachstandsberichts.

B-PUNKTE

3. Entwurf des Gesamthaushaltsplans 2015

- = Vorstellung durch die Kommission

Der Rat nahm die Erläuterungen der Kommission zu ihrem Entwurf des Haushaltsplans für 2015 zur Kenntnis und führte hierüber einen Gedankenaustausch.

4. Besteuerung von Mutter- und Tochtergesellschaften

- = Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/96/EU über das gemeinsame Steuersystem der Mutter- und Tochtergesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten
 - Politische Einigung
10419/14 FISC 92 ECOFIN 529

Der Rat erzielte eine politische Einigung über den Kompromisstext des Vorsitzes in Dokument 10419/14 FISC 92 mit einem zusätzlichen Absatz für die Erklärung der Kommission (Anlage III). Die Erklärung wird in das Protokoll über die Ratstagung aufgenommen, auf der die Richtlinie förmlich angenommen wird; sie lautet folgendermaßen:

Erklärung der Kommission

"Die Kommission

- hebt hervor, dass die vorgeschlagenen Änderungen an Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a der Mutter-Tochter-Richtlinie in Fällen einer doppelten Nichtbesteuerung aufgrund von Inkongruenzen zwischen den Mitgliedstaaten bei der steuerlichen Behandlung von Gewinnausschüttungen, die zu unbeabsichtigten steuerlichen Vorteilen führen, gelten,
- bestätigt, dass die vorgeschlagenen Änderungen an Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a der Mutter-Tochter-Richtlinie nicht gelten sollen, wenn keine doppelte Nichtbesteuerung vorliegt oder wenn die Anwendung zu einer Doppelbesteuerung der Gewinn-ausschüttungen zwischen Mutter- und Tochtergesellschaften führen würde
- und bestätigt in Anbetracht dessen, dass die Annahme dieses Vorschlags die Mitgliedstaaten nicht dazu verpflichtet, künftigen Gesetzgebungsvorschlägen im Bereich der direkten Besteuerung zuzustimmen."

5. Sonstiges

a) Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge

- Informationen des Vorsitzes

Der Rat nahm Kenntnis vom Sachstand in Bezug auf die wichtigsten Gesetzgebungsdossiers im Bereich der Finanzdienstleistungen.

b) Gesetzgebungsakte der Stufe 2 über die Beiträge der Banken im Rahmen der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten/des einheitlichen Abwicklungsmechanismus

- Sachstand

Der Rat führte einen Gedankenaustausch über die von der Kommission geleistete vorbereitende Arbeit für den Erlass des delegierten Rechtsakts und des Vorschlags für einen Durchführungsrechtsakt des Rates über die Beiträge der Banken zu den Abwicklungsmechanismen, die in der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und der Verordnung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus festgelegt sind.